

Das Eis schmilzt – Die taiwanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Präsidentenwechsel in Taiwan

Günter Schucher

Am 20. Mai wurde in Taiwan der im März neu gewählte Präsident Ma Ying-jeou in sein Amt eingeführt. Er hat angekündigt, die Beziehungen zur Volksrepublik China verbessern zu wollen.

Analyse:

Ma Ying-jeou wurde vor allem aus innenpolitischen Gründen gewählt (Korruption in der Regierung seines Amtsvorgängers Chen Shui-bian, Verschlechterung der Wirtschaftslage), aber er hat auch ein starkes Mandat bekommen, die Beziehungen zu China zu verbessern.

- Die politischen Beziehungen zwischen Taiwan und China haben sich in der Zeit der Präsidentschaft Chens kontinuierlich verschlechtert, da China dessen „Identitätspolitik“ als schrittweises Streben nach Unabhängigkeit de jure interpretiert hat und Taiwan mit dem Antisepessionsgesetz und der Stationierung von Kurzstreckenraketen bedroht. Chens riskante politische Manöver haben nicht nur das wechselseitige Misstrauen extrem gesteigert, sondern darüber hinaus die Beziehungen Taiwans zu den USA und anderen möglichen Verbündeten belastet und diese zu offenen Warnungen vor „einseitigen“ Änderungen des Status quo veranlasst.
- Die Aussagen Mas zu einer neuen Chinapolitik wurden daher nicht nur in China, sondern auch im Westen und in Ostasien mit Erleichterung aufgenommen. Es wird erwartet, dass sich die Sicherheitslage in der Taiwanstraße stabilisiert und dass dies positive Auswirkungen auf die bi- und multilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben wird.
- Die chinesische Führung und Ma erklärten sich zu Gesprächen auf der Grundlage des „92 Consensus“ bereit, einer stillen Übereinkunft von 1992, d. h., nach dem gemeinsamen Bekenntnis zum „einen China“ (*yi zhong*), dessen konkrete Interpretation jedoch offengelassen (*ge biao*) wird, soll die Lösung praktischer Probleme angegangen werden. Erste Kontakte und Gespräche wurden bereits unmittelbar nach der Wahl aufgenommen.
- Vieles wird davon abhängen, ob Ma in Taiwan und Hu Jintao in China innenpolitisch die nötige Stärke besitzen, um flexibel und pragmatisch an Lösungen arbeiten zu können. Ma braucht darüber hinaus Zugeständnisse Beijings hinsichtlich der Erweiterung des „internationalen Raumes“ Taiwans, um in vier Jahren bei den nächsten Wahlen Erfolge vorweisen zu können. Sonst riskiert er seine Abwahl und Beijing hat die Chance, die Lage in der Taiwanstraße zu verbessern, vertan.

Schlagwörter: Taiwan, Volksrepublik China, bilaterale Beziehungen, Ostasien, Sicherheit

1. Einleitung

Am 22. März 2008 wurde in Taiwan ein neuer Präsident gewählt.¹ Der Herausforderer Ma Ying-jeou und sein designierter Vize Vincent Siew besiegten den Kandidaten der amtierenden Demokratischen Fortschrittspartei (*Democratic Progressive Party* – DPP), Frank Hsieh, unerwartet klar mit einem Vorsprung von über zwei Millionen Stimmen. Während auf das Siegergespann 7.658.724 Stimmen (58,45 %) entfielen, konnten Hsieh und sein Vize Su Tseng-chang nur 5.445.239, also 41,55 % der Stimmen gewinnen.

Damit kehrt mit Ma die Nationalpartei (*Kuomintang* – KMT) nach acht Jahren an die Regierung zurück. Im Jahre 2000 hatte sie nach 55 Jahren Herrschaft, davon die ersten 42 unter Ausübung des Kriegsrechts, in den erst zweiten freien Präsidentschaftswahlen ihre Macht verloren. Aufgrund parteiinterner Querelen und nach der Kandidatur eines zweiten KMT-Bewerbers konnte der DPP-Kandidat Chen Shui-bian – für alle überraschend – die meisten Stimmen erzielen. Vier Jahre später wurde er knapp wieder gewählt, konnte jetzt aber nicht zum dritten Mal kandidieren.

Mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Chen und das „grüne Lager“² waren seinerzeit große Erwartungen verknüpft, die sich vor allem auf ein Ende der korrupten Machenschaften der KMT, die Behauptung von Taiwans Stellung in der globalen Wirtschaft und eine Neupositionierung gegenüber der Volksrepublik bezogen. Abgewählt wurden die „Grünen“, darin waren sich alle Beobachter einig, weil sich diese Erwartungen nicht erfüllt haben: Die taiwanische Wirtschaft schwächelt in den Augen vieler Taiwaner (d. h., die Wachstumsraten sind gesunken, die Arbeitslosenrate liegt bei 4 % und die Preise steigen), der schrittweise auf die Unabhängigkeit de jure zielende Kurs Chens hat Taiwan allen Verbündeten, darunter an erster Stelle den USA, entfremdet und die DPP-Politiker inklusive Chen und seiner Verwandten selbst haben sich, einmal an der Macht, ebenfalls als korrupt erwiesen.

Die Wahl war insofern in erster Linie ein „Vertrauensentzug“ (*vote of no confidence*) für die DPP.

1 Der Autor hat während eines zweimonatigen Forschungsaufenthaltes auf Taiwan sowohl die letzten Wochen des Wahlkampfes als auch die Aufarbeitung des Ergebnisses und die ersten Aktivitäten des designierten Präsidenten beobachten sowie mit taiwanischen Wissenschaftlern und internationalen Beobachtern diskutieren können.

2 Entsprechend der Parteifarben werden die DPP und ihre Verbündeten (*Taiwan Solidarity Union* – TSU) als „grünes Lager“, die KMT und ihre Verbündeten (*People First Party* – PFP und *New Party* – NP) als „blaues Lager“ bezeichnet.

Dieser hatte sich bereits zwei Monate zuvor bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung (*Legislative Yuan*) angekündigt, wo die KMT 71 % der Sitze erringen konnte. Zugleich allerdings ist der weiten Bevölkerungskreisen auch persönlich sympathische Ma Ying-jeou (trotz seiner Partei, wie manche Beobachter meinen) für viele der Hoffnungsträger für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung und den Ausbruch aus der außenpolitischen Isolierung, in die Chen Taiwan mit seinem auf die „taiwanische Identität“ gründenden Kurs gebracht hat. Beide Ziele sind mit einem verbesserten Verhältnis zur VR China verbunden, für das sich Ma und Siew in ihrem Wahlkampf eingesetzt hatten, weshalb sie von Hsieh und Su als Verräter diffamiert wurden.

Die künftigen Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China sind Gegenstand dieses Beitrags. Im Folgenden wird zunächst die Ausgangslage geschildert, dann werden einige Aspekte behandelt, die die künftige Entwicklung beeinflussen werden, und schließlich wird ein Blick in die Zukunft gewagt.

2. Die taiwanisch-chinesischen Beziehungen zum Zeitpunkt der Wahlen

Nachdem die Beziehungen zu China bereits vom letzten KMT-Präsidenten Lee Teng-hui starker Belastung ausgesetzt waren, als dieser 1999 seine These von den „besonderen Beziehungen zwischen Staaten“ (*teshu de guo yu guo guanxi*) aufstellte und damit die bislang letzten direkten Gespräche zwischen beiden Seiten zum Abbruch brachte, hat sich die politische Situation in der Taiwanstraße während der Präsidentschaft Chen Shui-bians zunehmend verschlechtert.

Hierzu trug vor allem die „Identitätspolitik“ Chens bei, die nicht nur darauf abzielte, die mit dem Generationswandel in Taiwan immer stärker gefühlte taiwanische Identität auch politisch zu fördern und zu dokumentieren (z. B. durch die Verwendung des Namens „Taiwan“ in offiziellen Bezeichnungen), sondern die gleichfalls von Beijing – trotz des offiziellen „Nein“ zur Unabhängigkeit – als schrittweise Abtrennung und Hinwendung zur Unabhängigkeit de jure interpretiert wurde (Schubert/Braig 2007). Vorläufig letzter Schritt war das gemeinsam mit der Präsidentenwahl durchgeführte Referendum, in dem die Bevölkerung ihre Zustimmung geben sollte, dass die Insel die Aufnahme in die Vereinten Nationen als „Taiwan“ beantragt.

Dieses Referendum war nicht nur von Beijing scharf verurteilt worden, die USA, die EU und einzelne Staaten hatten sich ebenso dagegen ausgesprochen und diesen „einseitigen Schritt“ zur Veränderung des Status quo in der Taiwanstraße missbilligt.

Die KMT hatte dem Manöver Chens, der nicht zum ersten Mal versuchte, einen Wahlkampf durch Provokation Beijings und mit Hilfe der darauf folgenden Bedrohungskulisse zu gewinnen, einen eigenen Referendumsvorschlag entgegengestellt, der die Aufnahme in die UN unter jedem möglichen Namen vorsah. Beide Referenden erhielten nicht die nötige Mindeststimmzahl, um gültig zu sein, allerdings befürwortete die übergroße Mehrheit der Abstimmenden (94 % bzw. 87 %) die Rückkehr Taiwans in die UN (Hsiao 2008). Das Ergebnis kann damit nicht als Absage an eine größere internationale Wirkungsfähigkeit Taiwans interpretiert werden, wohl aber als Votum für eine entspanntere Atmosphäre in der Taiwanstraße.

Selbst wenn Ma Ying-jeou, wie schon oben dargestellt, vor allem aus innenpolitischen Gründen gewählt wurde, so hat er doch nach allgemeinem Verständnis ein starkes Mandat, die Beziehungen zu China zu verbessern. Es war ein Fehler Chens, das kontinuierlich gewachsene Identitätsgefühl der Taiwaner als Befürwortung der Unabhängigkeit zu interpretieren. Die Mehrheit ist vielmehr, wie andere Umfragen zeigen, für einen Status quo oder gar für Verbesserungen im Verhältnis zu China, hingegen nicht für eine Vereinigung. Mas Credo ist daher das der „drei Nein“: Nein zur Unabhängigkeit, Nein zur Wiedervereinigung, Nein zur Gewaltanwendung (seitens Beijings).

Allerdings gibt es auch Bedenken und Unsicherheiten, ob eine Verbesserung der Beziehungen zu China nicht neue Probleme mit sich bringen würde: Verlust von Arbeitsplätzen, Absatzprobleme für landwirtschaftliche Produkte u. Ä. Die DPP hat diese Unsicherheiten im Wahlkampf thematisiert, indem sie Ma und Siew „Verrat“ an Taiwans Eigenständigkeit vorwarf und Vincent Siews Vorschlag eines „Gemeinsamen Marktes“ mit China durch den Zusatz „Ein China“ zu diffamieren suchte.

Ma machte jedoch keinen Hehl daraus, dass er für stabilere, nicht konfrontative Beziehungen mit China eintritt und die 1999 abgebrochenen Gespräche zwischen den dafür geschaffenen „nichtstaatlichen“ Organisationen ARATS (*Association for Relations Across the Taiwan Strait*) auf Seiten Chinas und SEF (*Strait Exchange Foundation*) auf Seiten Taiwans wieder beleben will. Als Grundlage der Gespräche

soll der sog. „92 Consensus“ dienen – eine Übereinkunft von 1992 über „ein China, verschiedene Interpretationen“ (*yi zhong ge biao*). Darüber hinaus strebt Ma statt der „Anerkennung“ Taiwans die „gegenseitige Nichtablehnung“ (*mutual non-denial*) an.

Ähnlich pragmatisch ist er bereit, den „internationalen Raum“ Taiwans durch dessen Beteiligung an internationalen Organisationen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds) unter verschiedenen „Namen“ auszuweiten, wenn zugleich die Würde und Gleichheit Taiwans sowie Reziprozität gewahrt bleiben. Noch vor seinem Amtsantritt regte er an, dass Chen den diesjährigen Antrag zur Gewährung des Beobachterstatus in der *World Health Assembly* (WHA), dem wichtigsten Entscheidungsgremium der Weltgesundheitsorganisation, wo Staatlichkeit keine Bedingung ist, als „China.Taipei“ stellt. Chen entschied sich allerdings für „Taiwan“, womit die Ablehnung unabwendbar sein wird.

Ma hat weitere Angebote gemacht, um die Beziehungen zu verbessern (Annahme der von China geschenkten Pandas durch den Taipeier Zoo, Öffnung Taiwans für chinesische Touristen, Lockerung der Investitionsbeschränkungen für taiwanische Unternehmen auf dem Festland, Zugang chinesischer Unternehmen zum taiwanischen Immobilienmarkt) und strebt pragmatisch einen Friedensvertrag als eine Art Interimsvereinbarung an mit den Zielen: keine Unabhängigkeit, keine Gewaltanwendung. Selbst eine spätere Vereinigung ist für ihn nicht mehr ausgeschlossen. Als ersten Schritt erhofft er sich die Aufnahme von Direktflügen (statt über Hongkong) an Wochenenden vom 4. Juli an, später sollen Direktflüge auch täglich erfolgen.

Ein wichtiges Ziel dieser Vorschläge ist neben vertrauensschaffenden Signalen die Erleichterung der Wirtschaftsbeziehungen (Direktflüge nützen vor allem den rund eine Million taiwanischen Geschäftsleuten, die auf dem Festland leben und dort produzieren lassen) und damit die Ankurbelung der taiwanischen Wirtschaft. Außerdem hat sich Ma vorgenommen, stabile Beziehungen und einen Modus Vivendi mit China zu erreichen, das Konfrontationsniveau zu senken und den „internationalen Raum“ für seine Regierung zu erweitern.

Schon vor seiner Amtseinführung hatten diese Ziele seine Agenda bestimmt und zu Aktionen geführt, die ihn bereits wie einen Präsidenten hatten erscheinen lassen. So besuchte Vincent Siew das Bo'ao-Forum in Hainan, wo er mit Chinas Regierungschef Hu Jintao zusammentraf und über Wirtschaftskooperation sprach, der KMT-Ehrevorsitzende Lien

Chan traf in Beijing mit Hu zusammen, wo er ein bei einem vorherigen Besuch gemachtes Geschenk, eine Plastik, vor dem Olympiastadium enthüllte, und der künftige SEF-Vorsitzende Chiang Ping-kun besuchte taiwanische Unternehmer in Shanghai und Guangzhou, um sich für deren Wahlkampfunterstützung zu bedanken. Erwartet wird noch ein Besuch des KMT-Vorsitzenden Wu Po-hsiung.

Hu Jintao hat bei diesen Treffen Chinas Interesse an besseren Beziehungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Er verfolgt seit längerem eine Taiwanpolitik, die sich von der seines Vorgängers unterscheidet. Vor allem hat sich Beijings „Zeitplan“ verändert: Die „Einheit“ bleibt zwar langfristiges Ziel, aber primäre Aufgabe ist zurzeit, die Unabhängigkeit de jure Taiwans zu verhindern. Durch Erhalt des Status quo sollen Stabilität, Frieden und Entwicklung ermöglicht werden und bis zur „Vereinigung“ will Beijing die „Herzen und Köpfe“ der Taiwaner gewinnen. Außerdem setzt Beijing statt auf eigene Drohgebärden, die bisher eher das Gegenteil erreicht und die Unabhängigkeitskräfte gestärkt hatten, auf die Internationalisierung der Taiwanfrage und versucht, über Washington oder Brüssel Druck auszuüben, wie zuletzt in der Referendumsfrage.

Das Motto von Hus Politik wird allgemein wie folgt beschrieben: „The hard becomes harder, the soft softer“ (*yǐngde geng yǐng, ruande geng ruan*). So hielt sich Beijing im Wahlkampf zurück und in der Frage des Referendums agierte es ebenfalls eher indirekt. Entsprechend wurde zwar das Scheitern des Referendums begrüßt, jedoch auch nicht überbetont. Stattdessen wurde verschiedentlich die Gesprächsbereitschaft hervorgehoben. Bei Anerkennung des „Ein-China“-Prinzips könne man über alles reden. Wie 2005 bei einem Besuch Lien Chans in Beijing vereinbart, könne der „92 Consensus“ die Basis für diese Gespräche sein, die sogar einen Friedensvertrag zum Gegenstand haben könnten.

Zugleich hat Hu jedoch 2005 das Antisepzessionsgesetz verabschieden lassen, das Taiwan für den Fall der Unabhängigkeitserklärung Gewalt androht, und fördert die Stationierung von bisher insgesamt etwa 1.000 DF-15-Kurzstreckenraketen an den Küsten gegenüber Taiwan. Nicht zuletzt setzt er sowohl die Politik konsequent fort, Taiwan keinen „internationalen Raum“ zu gewähren, z. B. in der *World Health Organisation* (WHO), als auch das diplomatische „Nullsummenspiel“ des Abwerbens der verbliebenen internationalen Partner Taiwans.

In Reaktion auf Mas Vorschläge hat China ebenfalls Zeichen des guten Willens gegeben und eine

mögliche Verlegung von Raketen ins Hinterland, Direktflüge, den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sowie verstärkten kulturellen und akademischen Austausch angesprochen. Chinas Ziele sind ebenfalls stabile Beziehungen – dem „Ein-China“-Prinzip entsprechend –, die Beendigung der Provokationen und damit ein ruhigeres Umfeld für die eigene Wirtschaftsentwicklung.

Indessen dürfte sich das Misstrauen auf beiden Seiten nicht innerhalb kurzer Zeit verflüchtigen. Während die Taiwaner befürchten, über Zustände in der „Ein-China“-Frage in die „Vereinigungsfalle“ der Chinesen zu laufen, bleibt in Beijing die Sorge davor, dass Taipei hinter dem Vorhang der neuen Verständigungspolitik doch weitere Schritte in Richtung Unabhängigkeit plant.

Beide Seiten sprechen zwar vom „92 Consensus“ und von dem Willen, die Beziehungen zu verbessern, es wird aber entscheidend darauf ankommen, dass sie zudem entsprechende konkrete Schritte unternehmen, ohne der jeweiligen Gegenseite deren Handlungsmöglichkeiten zu rauben. Verbesserungen sind zwar von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, die größten Herausforderungen sind hingegen jeweils innenpolitischer Art.

3. Welche Faktoren werden die weitere Entwicklung beeinflussen?

Eine entscheidende Frage in Taiwan und China wird sein, wie weit die jeweiligen Regierungen in ihrem Bemühen um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen gehen können, wie stark sie gegenüber möglichen Andersmeinenden sind.

In Taiwan hat Ma Ying-jeou ein klares Bekenntnis zur Verbesserung der Beziehungen abgegeben und dafür auch das Mandat der Wähler erhalten. Möglicherweise negativ könnte sich sein bekannter Antikommunismus auswirken. So hat er bisher in jedem Jahr am Gedenken für die Opfer des 4. Juni 1989 (Tiananmen-Zwischenfall) teilgenommen und seine erste Reaktion auf die Tibetkrise war, einen Boykott der Olympischen Spiele anzudrohen und den Dalai Lama einzuladen. In seiner Ansprache nach dem Wahlsieg betonte er, dass Freiheit und Demokratie Kernwerte Taiwans seien und dass es keinen Kompromiss bei der Frage der „Souveränität“ geben werde.

Die wichtigste Frage ist, wie viel Spielraum er für flexible Lösungen hat. Die KMT hat zwar in den acht Jahren Oppositionsarbeit viel gelernt (vor allem

auch auf die lokale Bevölkerung zu hören), ist jedoch im Kern nicht wirklich reformiert. Ma vertritt die Mittelschichten und damit einen neuen politischen Zentrismus. Aber es gibt noch viele alte Kräfte, die an die Herrschaft vor 2000 anknüpfen wollen, darunter eventuell nicht wenige, die die Wiedervereinigung schneller wollen, als es Ma lieb ist.³

Ma wird diese Kräfte nicht unbeachtet lassen können, ebenso wie er versuchen muss, die eher auf Unabhängigkeit hoffenden Wähler der „Grünen“ zu gewinnen. Als erster Test seiner Fähigkeiten, die verschiedenen Kräfte auszubalancieren, erwies sich die Besetzung der Regierungspositionen. Als er mit Frau Lai Shing-yuan ein Mitglied der eigentlich dem „grünen Lager“ zugehörigen TSU zur künftigen Vorsitzenden des *Mainland Affairs Council* (MAC) bestellte, des für die Beziehungen zu China zuständigen Regierungsamtes, erntete er den Zorn von KMT-Parlamentariern und das Unverständnis taiwanischer Geschäftsleute. Denn Frau Lai war bisher eher für antichinesische Positionen bekannt, betonte allerdings jetzt, sie stehe hinter Mas Politik. Ma, der sich sicherlich die Unterstützung Lee Teng-huis sichern will, der immer noch maßgeblich die TSU-Politik bestimmt, erklärte, er müsse auch an 40 % der Wähler denken, die DPP gewählt hätten. Außerdem wolle er das Übergewicht der KMT in Gesetzgebung und Regierung ausgleichen – ein Vorwurf, den die DPP im Wahlkampf immer wieder vorgebracht hatte. Beijing, sicherlich nicht glücklich mit der Besetzung, hielt sich (wieder einmal) mit Kommentaren zurück.

In der DPP sind die Diskussionen über die Ursachen des schlechten Wahlergebnisses und die Neu-besetzung des Vorsitzes (Frank Hsieh war nach der Niederlage als Vorsitzender zurückgetreten) noch nicht beendet und es ist weiterhin unklar, ob sich eher die Kräfte, die auf die politische Mitte setzen, oder die Kräfte, die noch stärker den Unabhängigkeitskurs („*deep green*“) verfolgen wollen, durchsetzen werden. Von dieser Entscheidung wird unter anderem abhängen, ob die langen Jahre der völligen Polarisierung („*tongdu*“ – „Vereinigung oder Unabhängigkeit“) beendet sein werden oder nicht. Mas Chinapolitik ist weit weniger ideologisch und wesentlich pragmatischer als die bisherige. Das heißt aber zugleich, dass er an praktischen Erfolgen gemessen werden wird. Sollten diese ausbleiben, wird bald der im Wahlkampf allgegenwärtige

³ Motto einer Veranstaltung alter Kader in Taipei war z. B. „*Lantian zaixian, minguo zaixian*“ („Die blauen Tage sind zurückgekehrt, die Republik ist wieder aufgestanden“).

Vorwurf des „Ausverkaufs“ wieder lauter werden. Und wenn ohne Zugeständnisse Beijings Taiwans „Würde“ beeinträchtigt zu werden scheint, dann wird dieser Vorwurf auch glaubwürdig.

Mit anderen Worten, Ma braucht „schnelle“ Erfolge, denn die Erwartungen sind hoch. Und diese Erfolge hängen vor allem von Beijing ab. Zeigt man sich dort nicht kompromissbereit, dann wird die Frage der Souveränität Taiwans wieder in den Vordergrund treten und die ist mit Beijing nicht zu lösen. Vincent Siew bezeichnete seinen Besuch auf Hainan und sein zwanzigminütiges Treffen mit Hu Jintao als „Eisbrecher“, er wies jedoch ebenfalls darauf hin, dass erst die Spitze des Eisbergs geschmolzen sei.

Chinas Präsident Hu nimmt im Unterschied zu seinem Vorgänger Jiang Zemin, dessen „acht Punkte“ weiterhin als Richtlinie der Taiwanpolitik dienen, eine beweglichere Position ein. Er setzt auf „Dialog“ und hat die Ultras in Partei, Regierung und Militär mit dem Antisepessionsgesetz vorläufig beschwichtigt. Die Frage ist, wie groß sein Spielraum für flexible Lösungen sein wird.

Positive Zeichen hat er mit den ersten persönlichen Treffen gesetzt, auch hat Beijing kaum Reaktion auf Mas Tibet-Äußerungen oder die Besetzung des MAC-Vorsitzes gezeigt. Substanzielle Verbesserungen, und dazu dürfte in Taipei vor allem die Frage des „internationalen Raumes“ und damit die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen gelten, die keine Staatlichkeit voraussetzen, stehen indessen noch aus. Gespannt wartet man auf Signale Beijings hinsichtlich der WHA.

Die Zurückweisung von Mas Angeboten würde Beijings internationale Glaubwürdigkeit beschädigen und vor allem eine historische Chance verspielen, die Beziehungen zu verbessern und zu stabilisieren. Negativ dürfte sich die Konstanz unter Hu in der militärischen Aufrüstungspolitik (Raketenstationierung) auswirken; noch allerdings ist in Beijing das Misstrauen vor möglichen „*dirty tricks*“ Taipeis nicht verschwunden. Beijing braucht eine gewisse Sicherheit, dass Taipei nicht doch in Richtung Unabhängigkeit geht.

Ob Hu seinen Kurs durchhalten wird, wird zugleich von der innenpolitischen Lage abhängen. Beijing hat sich häufig in Zeiten innenpolitischer Spannungen als wenig kreativ und flexibel gezeigt, und Spannungen sind gegeben, nicht nur durch die Ereignisse in Tibet, sondern auch durch die anhaltenden sozialen Unruhen,⁴ die Bewältigung vor-

⁴ Siehe dazu Günter Schucher: Harmonie ist Pflicht. China vor

angegangener Katastrophen (Schneesturm in Südchina) und wirtschaftliche Probleme (Inflation). Die hypernationalistischen Aufwallungen nach den Tibetunruhen und den darauf folgenden internationalen Protesten (u. a. beim olympischen Fackellauf) lassen ahnen, dass Hu viel Geschick brauchen wird, damit ihm eine Entspannung mit Taiwan nicht als Schwäche ausgelegt wird.⁵

International wurde die Wahl Mas mit Erleichterung aufgenommen und seine angekündigte Politik der Entspannung in der Taiwanstraße ausdrücklich begrüßt. Allerdings haben US-amerikanische und europäische Wissenschaftler (beispielsweise bei den Auswertungsveranstaltungen direkt nach der Wahl in Taipei) auch vor zu großen Erwartungen der Taiwaner gewarnt. So werde es seitens der USA und der EU keine Änderung in der „Ein-China“-Politik und damit vorläufig nur rhetorische Unterstützung der neuen Initiativen geben. Bemühungen der künftigen Regierungspartei, Reisen von Ma in die USA, nach Europa oder Japan vor seiner Amtseinführung zu organisieren, blieben denn auch ergebnislos.

Indessen dürften sich z. B. die Kontakte zwischen der US- und der taiwanischen Regierung wieder verbessern und damit sollte auch mehr Vertrauen in die Beziehungen Taiwans zu den westlichen Staaten zurückkehren. Dies wiederum dürfte günstigere Bedingungen für eine Unterstützung der taiwanischen Bemühungen schaffen, in internationale Organisationen aufgenommen zu werden (Taipei Times, 7.5.2008). Voraussetzung ist die „Entideologisierung“ der Chinapolitik Taipeis. Nicht nur China, auch der Westen wird daher bei der Inaugurationsrede Mas am 20. Mai aufmerksam zuhören.

Mas Politik wird die USA ebenfalls in einem weiteren Punkt beruhigen, wenn die KMT die Blockade in Verteidigungsfragen beendet und wieder mehr eigene Verantwortung übernimmt. Ma will 3 % des Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung aufwenden und er hat Waffenkäufe aus den USA (z. B. von F-16-Flugzeugen) angekündigt. Diese sind indessen nicht unumstritten; so wird befürchtet, dass eine neue US-Regierung zunächst keinen Spielraum für Rüstungslieferungen haben werde, da diese auf scharfen Protest Beijings stoßen würden (Taipei Times, 7.5.08). Zugleich gibt es anscheinend Stimmen in den USA, die sich sorgen, dass mit der

Entspannung der US-Einfluss auf Taiwan abnimmt (Dumbaugh 2008).

Auch in Asien wird die sich ankündigende größere Stabilität und Berechenbarkeit der chinesisch-taiwanischen Beziehungen mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen, zumal Präsident Chen versucht hat, die angespannten Beziehungen zwischen Japan und China zu seinen Gunsten zu nutzen. Japan z. B. unterhält seit 1972 enge „inoffizielle“ Beziehungen zu Taipei, die Taiwan-Lobby im Parlament ist mit 300 von 722 Abgeordneten sehr groß. Taiwan ist ein wichtiger Markt und der fünfgrößte Außenhandelspartner (CNS 2008).

Japan hatte sich unter Ministerpräsident Koizumi positiv zu Taiwans Verteidigung geäußert und im Jahre 2005 die „friedliche Lösung der Taiwanfrage“ als gemeinsames strategisches Ziel mit den USA formuliert. Die neue Situation wurde beim Besuch Hu Jintaos in Japan Anfang Mai ebenfalls erörtert.

Ma betonte, dass bessere Beziehungen Taiwans zu China auch den japanisch-chinesischen Beziehungen nützten, und bot den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Japan an. Zusätzlich will er die Parteibeziehungen zu Japans Regierungspartei LDP ausbauen. Hier gab es bisher engere Beziehungen zur DPP, da die KMT nach dem Sieg über die ehemalige Kolonialmacht traditionell stärker antijapanisch ausgerichtet war. Expräsident Lee Teng-hui hat sich aufgrund seiner guten persönlichen Beziehungen nach Japan Ma gegenüber als Vermittler angeboten. Generell wird allerdings damit gerechnet, dass Japan keine eigenen Initiativen ergreift, sondern den USA folgt.

4. Welche Entwicklung der künftigen Beziehungen ist zu erwarten?

Die Wahl Ma Ying-jeous bietet eine einmalige Gelegenheit, die Spannungen in Ostasien abzubauen. Angesichts dessen Gelegenheit sollten die großen Hindernisse – Taiwans Ringen um Anerkennung seiner Souveränität und Chinas Streben nach Einheit und Sicherheit – vorläufig in den Hintergrund treten. Die Einigung auf den „92 Consensus“ bietet dafür eine Grundlage und Ma kann hier auf einen Vertrauensvorschuss hoffen, da er in der Zeit der Verhandlungen 1991/92 selbst Sprecher des MAC war.

Der „92 Consensus“ ist kein Vertrag, auch kein inoffizieller,⁶ sondern eine Schnittmenge von Inter-

dem 17. Parteitag, GIGA Focus Asien, Nr. 10/2007.

⁵ Nach den Gesprächen zwischen Hu und Siew auf Hainan betonten chinesische Kommuniqués allein die Einigung auf das „Ein-China“-Prinzip, was wiederum den Protest der Taiwaner hervorrief und geändert werden musste.

⁶ Auch darüber wird in Taiwan gestritten. Der Begriff wurde

essen. Die Einigung auf den Konsens von 1992 bedeutet zwar Anerkennung des „einen China“, aber was das konkret ist, bleibt offen. Die Chance besteht darin, dass beide Seiten dies auch nicht klären wollen, sondern diese Frage nach dem Bekenntnis zum Konsens zurückstellen, um zunächst praktische Fragen zu lösen, von denen es viele gibt.

Beide Seiten, China und die KMT bzw. Ma, haben sich nicht nur für den „92 Consensus“ als Grundlage von Gesprächen ausgesprochen, zugleich haben sie in Abkehr von den bisherigen Nullsummenspielen ihr Interesse an einer „win-win“-Situation erklärt. Mit der dazu gehörenden Symbolik haben sowohl Vincent Siew als auch Hu Jintao dies in Bekenntnissen von jeweils „sechzehn Worten“ beteuert. Während Siew erklärte: „Face reality, create a new future, shelve disputes, seek ‚win-win‘ approaches“, betonte Hu zum Teil gleichlautend: „Seek to build mutual trust, shelve dispute, seek common ground while reserving differences, create ‚win-win‘ development“ (Taipei Times, 5.5.2008).

Die bereits begonnene Besuchsdiplomatie könnte eine positive Dynamik in Gang setzen, die die Verwirklichung der nächstgelegenen Ziele ermöglicht: Wochenend-Direktflüge vom 4. Juli an, Ausweitung der wirtschaftlichen und sozialen Kontakte, Aufhebung der Investitionsobergrenzen für taiwanische Unternehmen in China, Steigerung der Zahl chinesischer Touristen und eventuell auch chinesischer Studenten, die nach Taiwan kommen.

Mittelfristig wird es dann um Gespräche über einen möglichen Friedensvertrag gehen, den Ma sich als Ziel für seine erste Amtszeit gesetzt hat, und um die Erweiterung des „internationalen Raumes“ für Taiwan: Beobachterstatus in der WHA und weitere Mitgliedschaften in internationalen Organisationen wie der Weltbank, dem IWF oder internationalen Abkommen zur Nichtweiterverbreitung (beispielsweise von Chemiewaffen). Dies erfordert vor allem eine entsprechende Bereitschaft seitens Beijings. Sollte diese gegeben sein, werden sich langfristig außer einer wachsenden Stabilität der Beziehungen weitere Möglichkeiten im taiwanisch-chinesischen Verhältnis auftun.

Hier allerdings liegt auch das Dilemma, denn China wird für entsprechende Zugeständnisse glaubhafte Sicherheiten dafür benötigen, dass sich Taiwan nicht doch in Richtung Unabhängigkeit bewegt. Noch ist das Misstrauen groß und sollten sich

z. B. Befürchtungen durchsetzen, dass in vier Jahren ohnehin die DPP wieder an die Regierung kommt, dann würde dies den Handlungsspielraum Beijings erheblich einschränken (Glaser 2008). Wenn China hingegen zu langsam vorangeht und der Erfolg für Mas Politik des Pragmatismus und der kleinen Schritte ausbleibt, dann wird die KMT das Vertrauen der Bevölkerung verlieren und in vier Jahren möglicherweise wieder abgewählt werden – und das Eis in der Taiwanstraße wird erneut frieren.

Literatur

- CNS (2008): Taiwan's Presidential Election and Its Impact on Cross-Strait Relations and Regional Security, James Martin Center for Nonproliferation Studies, www.cns.miis.edu [Zugriff 13.04.2008].
- Dumbaugh, Kerry (2008): Taiwan's 2008 Presidential Election, CRS Report for Congress, RS22853, Congressional Research Service, The Library of Congress, April 2.
- Glaser, Bonnie S. (2008): If Not Now, When? Will China Seize the Opportunity to Improve Cross-Strait Relations?, PacNet Newsletter, Pacific Forum, CSIS, April.
- Hsiao, Anne Hsiu-An (2008): Reflections on Taiwan's 'UN Referendums' That Failed to Represent the Public Will, Taiwan Perspective e-Paper, No. 126, www.tp.org.tw [Zugriff 05.05.2008].
- Schubert, Gunter/Braig, Stefan (2007): How to Face a Rising China? The DPP's Identity Politics and Cross-Strait Relations at the End of the Chen Shui-bian Era, Berliner China-Hefte, Nr. 32, S. 7-22.

vom ehemaligen MAC-Vorsitzenden Su Chi geprägt, heute außenpolitischer Berater Mas.

■ Der Autor

Dr. Günter Schucher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und Editor der Zeitschrift „Asien“. E-Mail: schucher@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/schucher>.

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Der Autor befasst sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 3 im Analysefeld „Global Governance, globale Politik und regionale Integration“ mit den europäisch-taiwanischen und den chinesisch-taiwanischen Beziehungen, bei Letzteren speziell mit der substaatlichen Ebene. Von März bis April 2008 verfolgte er mit Unterstützung der Taiwan Foundation for Democracy in Taipei ein Kurzprojekt zum Thema „Cross-Strait Academic Exchange“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

- Schucher, Günter (2007): Old Hat, New Rhetoric: The EU's Policy toward Taiwan after the Fifth Enlargement, in: *Issues and Studies* (Taipei), Nr. 3, S. 1-51.
- Nabers, Dirk/Schucher, Günter (2007): Die EU und Ostasien: Zum Stellenwert der Sicherheitspolitik, in: *Wissenschaft und Frieden*, Nr. 4, S. 21-25.
- Schucher, Günter (2007): Dashed Hopes – EU-China Relations after the EU's 2006 Communication on China, in: *China aktuell*, Nr. 6, S. 83-98.
- Schütte, Hans-Wilm (2008): Erdrutschsieg der Kuomintang: Taiwans Parlamentswahl vom Januar 2008, in: *China aktuell*, Nr. 1, S. 217-236.
- Schütte, Hans-Wilm/Schucher, Günter (2006): Kreis- und Kommunalwahlen in Taiwan: Ein Machtwechsel kündigt sich an, in: *China aktuell*, Nr. 1, S. 66-79.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM